

und die Teilnahme von Schöffen als gleichberechtigte Richter in allen erstinstanzlichen Gerichtsverfahren geregelt, der Übergang zur demokratischen Wahl auch der Richter der Bezirks- und Kreisgerichte vorbereitet. Der Staatsanwaltschaft wurden verantwortungsvolle Aufgaben zur Wahrung der Rechte der Bürger und zur Gewährleistung der Gesetzlichkeit übertragen. In den Gesetzen kamen die höheren Anforderungen an die Tätigkeit der Justizorgane, an die Richter und Staatsanwälte zum Ausdruck, die sich mit dem sozialistischen Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie ergaben.

Der fortschreitende Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Bürger ermöglichten es, der erzieherischen Funktion der Rechtspflege und den Maßnahmen der gesellschaftlichen Erziehung zur Wahrung der Gesetzlichkeit größeren Raum zu geben. Zugleich war es notwendig, noch sorgfältiger zu differenzieren zwischen verbrecherischen Handlungen und solchen Rechtsverletzungen, die ein einmaliges Abgleiten vom rechten Weg darstellen. Dem entsprach das Strafrechtsergänzungsgesetz vom Dezember 1957, das auf Vorschlag der 33. Plenartagung des Zentralkomitees die bedingte Verurteilung und den öffentlichen Tadel als neue Straftaten einführte sowie den strafrechtlichen Schutz vor feindlichen, imperialistischen Anschlägen verstärkte. Mit dem Gesetzbuch der Arbeit erhielten die Konfliktkommissionen als gesellschaftliche Organe der Rechtspflege die Befugnis, über kleinere Straftaten zu beraten und zu entscheiden.

Diese kontinuierliche Entwicklung unserer Rechtspflege findet ihre Fortführung in den Beschlüssen des Staatsrates und besonders im Rechtspflegeerlaß vom 4. April 1963, der umfassend die Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege festlegt. Ausgehend von den mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse herangereiften gesellschaftlichen Bedingungen, enthält der Rechtspflegeerlaß die Prinzipien und die daraus folgenden Maßnahmen für die Gestaltung der Rechtspflege in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Wie Walter Ulbricht bei der Beratung des Rechtspflegeerlasses im Staatsrat hervorhob, geht es dabei um die Herstellung des vollen Gleichklangs zwischen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der Tätigkeit der Organe der Rechtspflege, um die Erhöhung der Garantien für die richtige Anwendung des sozialistischen Rechts, um die verstärkte und unmittelbare Teilnahme der Werktätigen an der Rechtsprechung und der Überwindung der Ursachen von Rechtsverletzungen. In Durchführung des Rechtspflegeerlasses haben die Organe der Rechtspflege große Anstrengungen unternommen, um die gesellschaftliche Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu erhöhen, die Werktätigen in noch stärkerem Maße in die Rechtspflege einzubeziehen und größere Erfolge im Kampf gegen die Kriminalität und andere Rechtsverletzungen zu erzielen. Einen immer gewichtigeren Platz im System unserer Rechtspflege haben die gesellschaftlichen Rechtspflegeorgane eingenommen, deren Aufgaben und Wirkungskreis sich bedeutend erweitert haben.

So verdeutlicht der Rückblick auf die Entwicklung unserer Rechtspflegeorgane, daß ihr Wachstum und die ständige Vervollkommnung ihrer Tätigkeit aufs engste mit der Politik der Partei und dem Wachstum der neuen Gesellschaftsordnung verknüpft ist. Es ist zugleich der Prozeß der Entfaltung der Humanität und Gerechtigkeit unserer Rechtspflege, die immer mehr zum Anliegen und zur Aufgabe des ganzen Volkes wird.

*

In Westdeutschland ist wieder ein Staat entstanden, der dem deutschen Monopolkapital als politisches Machtinstrument zur Aufrechterhaltung des Ausbeutungs-

systems, zur Verfolgung seiner Raub- und Eroberungspläne dient. Dort herrschen die gleichen imperialistischen Kräfte, die das deutsche Volk zweimal in die nationale Katastrophe gestürzt haben, und bedrohen erneut die Lebensgrundlagen unseres Volkes. Ihr Regime, das gegen den historischen Fortschritt gerichtet ist, verkörpert das Unrecht und die Ungerechtigkeit für das Volk.

Die Führung der Nation durch die Arbeiterklasse ist historisches Gebot — die Entwicklung in Westdeutschland bestätigt diese in der DDR erfolgreich verwirklichte Erkenntnis. Deutlicher denn je tritt uns heute vor Augen, welche unheilvollen Folgen es zeitigte, daß in Westdeutschland die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse verhindert wurde. Als in den Jahren 1945/46 in den Westzonen die Mitglieder der KPD und der SPD — ebenso wie in Ostdeutschland — darangehen wollten, den Bruderzwist in der Arbeiterbewegung zu überwinden und die einheitliche Partei zu schaffen, verbündeten sich alle reaktionären Kräfte, vom Großkapital bis zu den rechten SPD-Führern, zum Kesseltreiben gegen die Vereinigung der Arbeiterparteien. Nicht zuletzt durch das Eingreifen der imperialistischen Besatzungsmächte ist die Vereinigung hintertrieben worden. Die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse — und damit die Lähmung ihrer revolutionären Kraft — ermöglichte die Restauration der Macht des Monopolkapitals in Westdeutschland, die Spaltung Deutschlands und den Ausbau Westdeutschlands zum Aggressionsherd in Europa.

Recht und Justiz des Bonner Staates tragen den Stempel der reaktionären, volksfeindlichen und antinationalen Rolle des westdeutschen Imperialismus. Davon zeugen der Abbau der Reste der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, die Justizwillkür im Dienste des Antikommunismus wie die Notstandsgesetzgebung, die als rechtliches Instrumentarium der Atomrüstung und Kriegsvorbereitung dienen soll. Verboten wurden die Kommunistische Partei Deutschlands, die konsequenteste Kämpferin für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in Westdeutschland, und Dutzende friedliebender und demokratischer Organisationen. Aufrechte Patrioten, die gegen den aggressiven Kurs des Bonner Regimes, für Frieden und Verständigung eintreten, werden von den wieder amtierenden faschistischen Blutrictern der Freiheit beraubt und erniedrigenden Schikanen ausgesetzt. Die von alten Nazjuristen ausgearbeitete „Strafrechtsreform“ hat die verschärfte Unterdrückung aller politischen Gegner der militaristischen, monopolkapitalistischen Herrschaft zum Ziel. Die offene Unterstützung des Völkermords in Vietnam durch die Bonner Machthaber offenbart vor aller Welt den Charakter des westdeutschen Regimes, das gleichermaßen gegen das eigene Volk wie gegen andere Völker gerichtet ist und um der imperialistischen Profitinteressen willen kein Verbrechen scheut.

*

Es entspricht den Interessen der Nation, daß der in der DDR eingeschlagene Weg des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, der Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht und des Ausbaus ihrer sozialistischen Rechtsordnung erfolgreich weiterbeschritten wird. Ziel und Richtung der weiteren Arbeit weisen das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Beschlüsse der Partei, in denen die Aufgaben zur Verwirklichung der Generallinie des VI. Parteitages enthalten sind. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die einzige Partei in Deutschland, die ein wissenschaftliches Programm und einen wissenschaftlichen Perspektivplan der Entwicklung der Gesellschaft besitzt. Die Führung durch die Partei der Arbeiterklasse und die Erhöhung ihrer führenden Rolle gewährleisten, daß